

Sifa-Post

Neues zu Sicherheit und Kriminalität

12. November 2008

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Aktion gegen Kriminalität

Postfach 23
CH-8416 Flaach
Tel: 052 301 31 00
Fax: 052 301 31 03
PC-Konto: 87-370818-2

mail to: info@sifa-schweiz.ch

*Für den Inhalt ist verantwortlich:
Ulrich Schliuer, Geschäftsführer sifa*

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie uns Änderungen
Ihrer E-Mail-Adresse mitteilen.

Massnahme gegen linksextremistische Kurdenpartei

Bundesrat reagiert auf PKK-Brandanschläge

Die zahlreichen Brandanschläge auf türkische Einrichtungen in der Schweiz haben erste Folgen. Der Bundesrat hat ein Massnahmenpaket gegen die extremistische Kurdenpartei PKK beschlossen.

Am 29. Oktober 2008 berichtete die «sifa-Post» über mehrere Brandanschläge auf türkische Einrichtungen. Diese wurden von Jugendorganisationen der

kurdischen Arbeiterpartei (PKK) verübt. Jetzt hat der Bundesrat endlich ein Massnahmenpaket beschlossen.

Ein Dutzend Brandanschläge

Der Bundesrat bestätigte in seiner Stellungnahme vom 5. November 2008 erstmals, dass insgesamt über ein Dutzend Anschläge, namentlich gegen türkische Cafés, Vereinslokale und Reisebüros verübt wurden. Es handelte sich vorwiegend um Brandanschläge. Eine Person erlitt dabei schwere Brandverletzungen. Ähnliche Anschläge wurden auch in anderen europäischen Staaten verübt (zum Beispiel in Österreich und Deutschland).

Hintergrund der gewalttätigen Aktivitäten und Protestaktionen ist offenbar die angebliche Misshandlung des in der Türkei inhaftierten Kurdenführers Abdullah Öcalan und die verstärkte Militärintervention der türkischen Armee gegen Kurden im Nordirak.

Der Bundesrat bestätigte auch erstmals, dass die diversen Bekenner schreiben im In- und Ausland sowie weitere Anschlagsdrohungen inzwischen eindeutig den Schluss zuließen, dass die Brandanschläge der PKK und ihr verwandten Organisationen zugeordnet werden müssten.

Im Gegensatz zu vielen westeuropäischen Ländern ist in der Schweiz die linksextreme Kurdische Arbeiterpartei (PKK) nicht verboten. Die Bundespolizei hat in der Vergangenheit mehrmals festgestellt, dass kurdische Gruppierungen mit vorwiegend jugendlicher Mitgliedschaft zunehmend zu aggressiveren Mitteln tendieren, um auf die politische Lage in der Türkei aufmerksam zu machen. Das Mobilisierungs- und Aktivierungspotential türkischer und kurdischer Gruppierungen sei in der Schweiz nach wie vor vorhanden, heisst es im Bericht «Innere Sicherheit 2007».

Das Massnahmenpaket des Bundesrats umfasst folgende Punkte:

Der Bundesrat verbietet das Sammeln von Geldern anlässlich von spezifischen kurdischen Feierlichkeiten im November 2008, soweit diese Gelder nicht klar humanitären Zwecken dienen. Gelder zu humanitären Zwecken sollen in der Schweiz nur gesammelt werden dürfen, wenn diese in Stiftungen eingebracht werden, welche die humanitäre Hilfe als ausschliesslichen Stiftungszweck vorsehen. Solche Stiftungen müssen der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht unterstellt werden. Für weitere kurdische Veranstaltungen kann das EJPD auch nach November 2008 Geldsammelverbote aussprechen. In der Vergangenheit hatten Vertreter der PKK immer wieder unter humanitärem Deckmäntelchen Geld für den bewaffneten Kampf gegen die Türkei gesammelt.

Der Bundesrat will das offensichtliche Gewaltpotenzial dieser Gruppierungen – auch im Rahmen der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen und in Einbürgerungsverfahren, aber auch hinsichtlich von Ausweisungen – stärker mitberücksichtigen.

Das EJPD werde die Kantone im Hinblick auf die Bewilligung von Kundgebungen auffordern, der neuen Lage und dem vorhandenen Gewaltpotential von PKK-nahen Organisationen Rechnung zu tragen, solche Bewilligungen also bloss restriktiv zu erteilen. Auch sollen die Kantone ihre nachrichtendienstlichen Anstrengungen über die Aktivitäten der Kurden intensivieren. Weiter will der Bundesrat auch prüfen, ob Vermögenswerte, mit denen gewaltextremistische Aktivitäten finanziert werden sollen, eingezogen werden können.

Die sifa fordert

Die sifa anerkennt, dass der Bundesrat endlich die Brisanz der PKK-Brandanschläge in der Schweiz erkannt hat. Insbesondere scheint ihm der mögliche Stellvertreterkrieg zwischen kurdischen und türkischen Extremisten bewusst zu sein. Die Vorschläge des Bundes gehen denn auch in die richtige Richtung. Insbesondere muss der Aufenthaltsstatus von PKK-Anhängern

hinterfragt werden. Wer Gewalt zur Durchsetzung seiner Ziele gebraucht, hat sein Aufenthaltsrecht in der Schweiz definitiv verwirkt. Wer als Ausländer in der Schweiz Gewalt gegen Personen und Sachen anwendet, muss unser Land sofort verlassen. Auch im Falle von politisch motiviertem Extremismus von Ausländern bietet die SVP-Ausschaffungsinitiative eine griffigste Grundlage.

Reinhard Wegelin/sifa

Heute sifa-Veranstaltung in Ostermundigen

Einladung zum sicherheitspolitischen Stammtisch der sifa

Mittwoch, 12. November 2008, 18.30 Uhr

Hotel Bären, Bernstrasse 25, Ostermundigen

«Sicherheit in der Stadt Bern»

Referent:

Manuel Willi, Chef Regionalpolizei Bern

Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion mit Ihnen zu den aktuellen
Problemen der Sicherheitspolitik.

Gäste sind herzlich willkommen. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Bitte leiten Sie die Einladung weiter an Bekannte und Freunde.

Vielen Dank!

Wir bitten Sie: Verbreiten Sie diesen Kommentar an alle Ihnen zugänglichen Adressen.

Werden Sie sifa-Mitglied.

Informationen erhalten Sie bei:

sifa - SICHERHEIT FÜR ALLE, Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 0041 (0)52 301 31 00

Fax 0041 (0)52 301 31 03

info@sifa-schweiz.ch

Besuchen Sie die «sifa» im Internet:

www.sifa-schweiz.ch